

Kirchliche Anti-AKW-Bewegung zwischen Militanz und Gewaltfreiheit

Luise Schramm

Vortrag auf der Tagung „Kirche und Gewalt. Die Evangelische Kirche und die Politik der langen 1970er Jahre“ am 14. Oktober 2017 in Hamburg-Wandsbek

Einleitung

Am 15. November 1976 berichtete die Bildzeitung über die Demonstration gegen den Bau des AKWs Brokdorf am 13. November und veröffentlichte ein Foto, auf dem ein Pastor abgebildet war. Sie kommentierte es folgendermaßen:

„Megaphon in der Hand, die selbstgebastelte Gasmasken vor dem Gesicht – so stand ein junger Pastor im schlammbespritzten Talar vor dem Kernkraftwerksgelände Brokdorf. Er feuerte junge Anarchisten an...: Leute wir haben Erfolg. Wir kommen rüber. Das Kernkraftwerk muß gestürmt werden. Zusammen schaffen wir es.“¹



So beschrieb die Bildzeitung einen der sogenannten Brokdorf-Pastoren.

Am selben Tag veröffentlichte die Morgenpost das gleiche Foto mit der Bildunterschrift:

„Vergeblich stemmten sich Pastoren gegen den Einsatz der Gewalt auf beiden Seiten. Mit Megaphon und Gasmasken ausgerüstet, versuchte dieser Theologe das Schlimmste zu verhindern – vergeblich.“²

Hier zeigt sich eine große Bandbreite, wie die Presse das Agieren der sogenannten Brokdorf-Pastoren bei der sogenannten „Schlacht um Brokdorf“ beurteilte:

Junge Anarchisten zum Stürmen des AKW anfeuern.

Oder sich gegen den Einsatz der Gewalt auf beiden Seiten stemmen.

Militanz oder Gewaltfreiheit.

„Kirchliche Anti-AKW-Bewegung zwischen Militanz und Gewaltfreiheit“ das Thema meines Vortrages zeigt sich hier ganz konkret und anschaulich.

Sehr konkret möchte ich auch im Folgenden über dieses Thema referieren.

¹ Zitiert nach HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 187.

² MORGENPOST vom 15. November 1976. Artikel: Pastoren predigen gegen das Kraftwerk.

Denn ich werde nicht die gesamte kirchliche Anti-AKW-Bewegung im Blick haben, sondern ich werde mich besonders auf eine kirchliche Basisgruppe konzentrieren, die sich im norddeutschen Raum in den Netzwerken und Zusammenhängen der Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau des AKWs Brokdorf engagierte: auf die Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion (abgekürzt HikMuGA).

HikMuGA engagierte sich im norddeutschen Raum in den Netzwerken und Zusammenhängen der Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau des AKWs Brokdorf.

1979 veröffentlichte HikMuGA auch einen Erfahrungsbericht mit dem Titel „Wir sind Protestleute gegen den Tod“. In mehreren Aufsätzen berichteten dort Mitglieder der Gruppe über Geschichte und Aktionen der HikMuGA. Diesem Erfahrungsbericht habe ich den Hinweis auf die eben geschilderte gegensätzliche Kommentierung des Fotos in Bild und Morgenpost entnommen.³

Die HikMuGA war das Thema meiner Dissertation „Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung“. Anhand dieser Gruppe habe ich in der Dissertation exemplarisch untersucht, wie kirchliche Akteure im Spannungsfeld von Anti-AKW-Bewegung einerseits und institutionalisierter Kirche andererseits agierten.⁴

Im folgenden Vortrag möchte ich die Geschichte der HikMuGA im Konflikt um das AKW von 1976 bis 1986 skizzieren.

Ich untergliedere sie in:

1. die erste heiße Phase der Großdemonstrationen 1976/77, die den größten Raum in meinem Referat einnehmen wird,
2. die latente Phase 1977-80,
3. die zweite heiße Phase 1981
- und 4. das Wiederaufleben des Protestes 1986.

1. Die erste heiße Phase der Großdemonstrationen 1976/77

Als Beginn der ersten heißen Phase kann man die erste größere Kundgebung sehen, die am 30. Oktober 1976 in Brokdorf stattfand, bei der auch versucht wurde, den Bauplatz in Brokdorf zu besetzen. Anlass der Kundgebung war die erste Teilerrichtungsgenehmigung des AKW-Baus. Einige Pfarrer nahmen an dieser Demonstration teil und luden nach den Erfahrungen, die sie dort gemacht haben, zu einem ersten Treffen von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern ein.⁵ Aus diesen sollte sich später die Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion bilden.

³ HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod, S. 187.

⁴ SCHRAMM, LUISE: Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976-1981. Göttingen 2018. Der Vortrag beruht auf Ergebnissen dieser Dissertation.

⁵ Zeitzeugengespräch mit Ulfrid Kleinert am 24. August 2007.

Die Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter verfassten bei diesem Treffen einen Entwurf einer Gottesdienstabkündigung. Sie wandten sich darin gegen „Gewalt“. Damit meinten sie die staatliche Gewalt. Sie sprachen von „Gewalt gegen die Schöpfung, soweit sie durch den Bau von Atomkraftwerken ausgeübt wird“, von „Gewalt gegen die betroffenen Bürger in der Wilstermarsch“, „Gewalt“, weil Polizisten und Medien versuchen, die Bürgerinitiativen als Staatsfeinde und Kommunisten zu diffamieren, „Gewalt, zu der Polizisten ... gezwungen werden“. Sie riefen dazu auf, an der Demonstration am 13. November 1976 in Brokdorf teilzunehmen. Diese Demonstration war von den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe beschlossen worden. Und sie forderten sie auf, dort „gewaltfrei deutlich zu machen, dass wir uns aktiv gegen die in Brokdorf ausgeübte Gewalt stellen.“⁶

Bei einem weiteren Treffen verabschiedeten Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter die sogenannte Brokdorfresolution. Dort schlossen sie eine Platzbesetzung öffentlich in ihre Überlegungen ein. Vorbild war dabei die erfolgreiche gewaltfreie Bauplatzbesetzung gegen den Bau des AKWs Wyhl. Sie schrieben „Unser Widerstand soll aktiv, aber gewaltfrei sein. Gewaltfreiheit bedeutet allerdings nicht, dass wir Eigentumsrechte da achten, wo diese zum Schaden aller missbraucht werden. Wir behalten uns deshalb die Freiheit vor, in einem evtl. Akt bürgerlichen Ungehorsam das Gelände zu besetzen.“⁷

Bei der Demonstration am 13. November luden Pastoren und kirchliche Mitarbeiter zu einem Gottesdienst am Rande der Baustelle in Brokdorf ein. In seiner Predigt rief Willi Burmeister sowohl die Demonstranten als auch die Seite des Staates zu Gewaltlosigkeit auf. „Bierflaschen und andere Wurfgeschosse sind keine Argumente gegen den Irrsinn von Atomkraftwerken“ wandte er sich an die Demonstrierenden. Und an die staatliche Seite gerichtet: „Gewalt sät auch, wird dem Werkschutz und den Polizisten einredet, sie hätten hier Privateigentum gegen Rechtsbrecher zu schützen.... Gewalt sät ebenso, wer den Männern vom Verfassungsschutz einredet, sie hätten hier die Verfassung zu schützen.“⁸

Bei der anschließenden Demonstration bemühten sich die Pastoren – einige trugen dabei ihren Talar – und kirchlichen Mitarbeiter, für gewaltloses Vorgehen einzutreten.⁹ Sie versuchten gewaltbereite Atomkraftgegner aus dem Milieu der Spontis und K-Gruppen von Gewaltaktionen abzuhalten ebenso wie die Polizisten und wollten vermitteln. Dabei mussten sie allerdings im Lauf der Demonstration einsehen, wie schwierig das war. Zum einen waren sie überrascht von der Militanz der Demonstrierenden aus dem Milieu der Spontis und K-

⁶ KLEINERT, ULFRID: Zur Rolle der Kirche zwischen Bürgerinitiativen und Staatsautorität. Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft Jg. 66 (1977) 2, S. 268-278, hier S. 276f.

⁷ Aus der Presseerklärung von 32 Pfarrern, Diakonen und Kirchvorstehern. In: EPD-DOKUMENTATION 8 (1977): Pro und kontra Kernenergie (2): Brokdorf '76 und die Kirche, S. 20.

⁸ Ansprache im Gottesdienst am 13. November 1976 vor der Demonstration vor dem Baugelände des Atomkraftwerks Brokdorf. Abgedruckt in EPD-DOKUMENTATION 8 (1977): Pro und kontra Kernenergie (2): Brokdorf '76 und die Kirche, S. 23f.

⁹ Nordelbischer Nachrichtenspiegel vom 16. November 1976, Nr. 46 (1976). Artikel: Pastoren demonstrieren im Talar gegen Gewalt. Abgedruckt in EPD-DOKUMENTATION 8 (1977): Pro und kontra Kernenergie (2): Brokdorf '76 und die Kirche, S. 27.

Gruppen. Diese hatte es bei den Wyhler Protesten, wo die ländliche Bevölkerung vor Ort dominierte, so nicht gegeben hat. Aber auch die polizeilichen Maßnahmen zur Absicherung des Bauplatzes waren viel stärker als man das von Wyhl kannte. Ulfrid Kleinert, der zu dem ersten Treffen der Pastoren und kirchlichen Mitarbeiter eingeladen hatte, erinnerte sich: „Und wir haben auch versucht, diejenigen, die mit den Plastiktüten mit Steinen angekommen waren, abzuhalten... Aber die waren gut organisiert, ganz straff und entschieden auch in dem was sie wollten. Das ging nicht.“¹⁰ Michael Schweitzer berichtete: „Ich habe einen fürchterlichen Schreck bekommen, wie ich unmittelbar neben diesen Leuten stand, als ein Brandsatz in den Schlitz des Wasserwerfers hineinflog und der außen und innen hell aufloderte.“¹¹

Das Engagement der sogenannten Brokdorf-Pastoren im Vorfeld und bei der Demonstration am 13. Oktober 1976 wurde in der Öffentlichkeit sehr aufmerksam wahrgenommen. Daher sahen sich sowohl die Hamburger als auch die Schleswig-Holsteinische Kirchenleitung genötigt, sich dazu zu positionieren. Die Bischöfe Wölber und Hübner distanzieren sich in öffentlichen Statements von der Brokdorfresolution.¹² Weil die Unterzeichner dieser Resolution wegen des Verdachts des Aufrufs zum Landfriedensbruch schon staatsanwaltschaftliche Ermittlungen auf sich gezogen hatten, leiteten die Landeskirchenämter 1976 auch dienstrechtliche Ermittlungen gegen sie ein.¹³ Die Bischöfe Wölber und Hübner führten 1976/77 aber auch mehrere Gespräche mit Vertretern der Basisgruppe über ihre unterschiedlichen Ansichten. Nach Ansicht der HikMuGA waren demokratische Verfahrensregeln und Kontrollmechanismen der bestehenden repräsentativen Demokratie, wie z. B. die Genehmigungsverfahren gescheitert. Aus diesem Grund schien ihnen jenseits parlamentarischer und juristischer Stellvertreterwege „aktives Eingreifen kritischer Bürger“ auch in Form eines radikaldemokratischen zivilen Ungehorsams geboten.¹⁴ Die Bischöfe Wölber, Hübner und Petersen sowie Friedrich-Otto Scharbau vom Landeskirchenamt in Kiel waren dagegen der Ansicht, dass man in einer funktionierenden Demokratie lebe und dass man daher deren rechtsstaatliche Verfahrensregeln einzuhalten habe.¹⁵ Sie empfanden auch die „Gewalt“ von Seiten des Staates, die von HikMuGA wahrgenommen wurde, nicht. Sie kritisierten daher, dass der Aufruf der Brokdorf-Pastoren zur Demonstration am 13. November eine Platzbesetzung einschloss und dass die Brokdorf-Pastoren zu illegalen

¹⁰ Zeitzeugengespräch mit Ulfrid Kleinert am 24. August 2007.

¹¹ FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 2. Dezember 1976. Artikel: Mit dem Kreuz gegen Kernkraftwerke. Von Dieter Stäcker.

¹² HAMBURGER NACHRICHTEN vom 12. November 1976. Artikel: Für „Akt bürgerlichen Ungehorsams“ in Brokdorf? und EPD KIEL vom 12. November 1976. Artikel: Bischof Dr. Hübner verurteilt indirekten Aufruf zur Gewaltanwendung in Brokdorf.

¹³ HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 109.

¹⁴ Flugblatt Nummer 2 vom 31. 3. 1977 „Kein AKW mit unserem Geld!“ (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Wolfgang Hertle, Stromzahlungsboykott).

¹⁵ „’Staatsräson’ oder ‚ziviler Ungehorsam’ von Pastoren“ vom Februar 1977. (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 125II.) Das Nordelbische Kirchenarchiv Kiel wurde mit der Vereinigung zur Nordkirche umbenannt in Landeskirchliches Archiv Kiel (LKAK).

Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgefordert hatten. Sie empfanden es als nicht angemessen, zumal es ja bei dem Versuch der Bauplatzbesetzung zur Gewalteskalation gekommen war und der Anspruch der Gewaltlosigkeit nicht eingehalten werden konnte. Bischof Hübner problematisierte in diesem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen. Er meinte: Gerade die 68er Bewegung habe gezeigt, dass die Beschränkung auf „Gewalt gegen Sachen“ schwer einzuhalten sei und dass sie oft auch zu „Gewalt gegen Personen“ führe.¹⁶

Hilfreich ist es, sich den Hintergrund der Termini „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“ vor Augen zu führen. Diese Termini entstanden in der 1968er Studentenbewegung. Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) einigte sich damals auf die Losung: „Gewalt gegen Sachen ja, Gewalt gegen Menschen nein.“¹⁷ Man kann sagen, dass eher wenige Splittergruppen der 1968er Bewegung zwar diese Unterscheidung einebneten und sich radikalisierten bis hin zu den terroristischen Aktionen der RAF. Die Mehrheit der „68er“ blieb jedoch dabei, dass nur „Gewalt gegen Sachen“ zu rechtfertigen sei.¹⁸ Helmut Gollwitzer kritisierte m. E. berechtigt, den Begriff „Gewalt gegen Sachen“ als töricht. Er meinte, dass man ja ständig, z. B. beim Nageleinschlagen, Gewalt gegen Sachen vollziehe. Gollwitzer präziserte diesen Sachverhalt daher als illegale Verletzung fremden Eigentums bzw. als Verletzung der Eigentumsrechte.¹⁹ In der Theorie der gewaltfreien Aktion sollte Sachbeschädigung bzw. Gewalt gegen Sachen zwar vermieden werden. Sie wurde aber nicht als unvereinbar mit dem Charakter einer gewaltfreien Aktion gesehen.²⁰

Nach den Erfahrungen der Demonstration am 13. November 1976 sah es nun die Gruppe als ihre Aufgabe an, eine Position innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu entwickeln, wie der Protest gegen den AKW-Bau sinnvoll fortgeführt werden kann. So beteiligte sie sich an den Koordinationstreffen der Anti-AKW-Bewegung. Diese dienten der Vorbereitung der Demonstration am 19. Februar 1977. In dieser Zeit veränderte sich die Zusammensetzung der Gruppe. Einige Pastoren und kirchliche Mitarbeiter zogen sich zurück. Dafür kamen einige Personen aus dem gewaltfreien Spektrum der Neuen Linken, den anarchopazifistischen „Gewaltfreien Aktionsgruppen“ der Graswurzelbewegung hinzu. Als diese bei den von Spontis und K-Gruppen dominierten Hamburger Plenum der BUU feststellten, dass Initiative

¹⁶ Telefoninterview mit Axel Buchholz im Abend-Magazin des Saarländischen Rundfunks am 2. 12. 1976, Niederschrift nach telefonischer Tonbandüberspielung am 28. 12. 1976 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 126II).

¹⁷ Vgl. KAILITZ, SUSANNE: Von den Worten zu den Waffen: Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage. Wiesbaden 2007, S. 67.

¹⁸ Vgl. FELS, GERHARD: Der Aufruhr der 68er: Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF. Bonn 1998, S. 273.

¹⁹ Vgl. Vortrag von Siegfried Heimann: „Mehr Demokratie wagen‘ – Willy Brandt und die Außerparlamentarische Opposition“ am 27. April 2009 auf einer Veranstaltung des August-Bebel-Instituts. http://www.august-bebel-institut.de/02/download/Heinemann_68-Brandt.pdf. S. 7.

²⁰ JOCHHEIM, GERNOT: Gewaltfreie Aktion: Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen. Hamburg, Zürich 1984, S. 20 und 23f.

kirchlicher Mitarbeiter am stärksten gewaltfrei ausgerichtet war, hatten sie beschlossen, mit ihr zusammen zu arbeiten, als sie. So entstand die Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion.²¹

Die HIKMuGA kritisierte nun innerhalb der Anti-AKW-Bewegung die militanten Tendenzen. Diese waren vor allem im Hamburger Plenum und in der Regionalkonferenz Ost dominant. Mit den ländlich geprägten Bürgerinitiativen aus der Regionalkonferenz West und der Marschenkonferenz war sie sich dagegen über ein gewaltloses Vorgehen am 19. Februar einig.²² Es zeichnete sich jedoch ab, dass sich die Anti-AKW-Bewegung nicht auf einen gewaltfreien Bauplatzbesetzungsversuch einigen würde. Nach den Erfahrungen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen am 13. Oktober befürchteten die HIKMuGA, dass ein weiterer Bauplatzbesetzungsversuch massiv eskalieren würde. Die Befürchtungen beruhten auch auf den Informationen, dass das Hamburger Plenum mit Verletzten und die staatliche Seite sogar mit Todesopfern bei der nächsten Demonstration rechnete.²³

Die HIKMuGA stellte sich nun die Frage nach dieser Situation angemessenen gewaltfreien Aktionen. Jene Mitglieder der HIKMuGA, die aus der Bewegung der anarchistisch orientierten gewaltfreien Aktion kamen, konnten dabei der Gruppe bei ihren Überlegungen wichtige Impulse geben: Sie warben zum einen dafür, sich verstärkt mit Theorie und Praxis des gewaltfreien Widerstandes auseinanderzusetzen und diese in die Anti-AKW-Bewegung hineinzutragen und bekannter zu machen.²⁴ Zum anderen stießen sie Diskussionen über Alternativvorschläge gewaltfreier Aktionen an. So sah man alternative Widerstandsmöglichkeiten in einem überregionalen Aktionstag am 19. Februar und in längerfristigen Maßnahmen, die auf mehreren Ebenen und an verschiedenen Stellen, zentral und dezentral, umgesetzt werden sollten: z. B. in bundesweiten Demonstrationen, Sternmärschen nach Bonn und Kiel, Telefonblockaden und Sitzstreiks sowie in der Aktion des Stromzahlungsboykotts.²⁵ Diese Überlegungen trug die Gruppe bei den Plena und Koordinationstreffen in die Anti-AKW-Bewegung hinein. Offiziell mobilisierte sie schließlich für eine gewaltlose Kundgebung in Itzehoe und nicht für eine Demonstration in Brokdorf, weil sie dort eine Gewalteskalation bei dem Versuch, den Bauplatz zu besetzen, befürchteten. Andererseits solidarisierten sie sich auch mit den Atomkraftgegnern, die am 19. Februar in Brokdorf demonstrieren wollten. Sie wandten sich damit gegen den

²¹ HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 15.

²² HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 48.

²³ Zeitzeugengespräch mit Ulfrid Kleinert in Radebeul am 24. 8. 2007.

²⁴ Kurzreferat von Wolfgang Hertle zu den Möglichkeiten direkter gewaltfreier Aktion im Protokoll der Sitzung der Teilgruppe „gewaltfreie strategien“ der Initiative kirchlicher Mitarbeiter vom 9. 12. 1976 von Volker Schmidt am 16. 12. 1976 (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Ulfrid Kleinert, Mappe 1: HIKMuGA-Materialien 1976–79).

²⁵ Siehe das von Hans-Jürgen Benedict und Wolfgang Hertle für die Demonstration am 22. 1. in Hamburg verfasste Flugblatt: Es geht nicht nur um Brokdorf (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Wolfgang Hertle, Stromzahlungsboykott).

„regierungsamtlichen Spaltungversuch in kriminelle und friedliche Demonstranten“.²⁶ Pastor Wolfgang Grell, „der Polit-Pastor von Wandsbek“, über den auf dieser Tagung Herr Dr. Stephan Linck referieren wird, kritisierte dennoch die HIKMuGA: „Die „kirchliche Initiative“, als deren Sprecher offenbar neuerdings Herr Pastor Wandschneider aus Norderstedt agiert, ist dem Psychoterror und den Einschüchterungsversuchen des Herrn Stoltenberg voll aufgesessen und hat sich an dem von bestimmten politischen Kräften (u. a. DKP) auf der vom Herrn Ministerpräsidenten gütigst zur Verfügung gestellten Spielwiese in Itzehoe inszenierten bunten Nachmittag beteiligt und auf diese Weise dazu beigetragen, die große Bewegung der Kernkraftgegner in der BRD zu verharmlosen und zu spalten.“²⁷

Im Vorfeld der Demonstration am 19. Februar 1977 sah sich auch die Nordelbische Kirchenleitung genötigt, sich zu positionieren und veröffentlichte am 2. Februar eine Erklärung.²⁸ Sie bat ausdrücklich darum, an der Demonstration nicht teilzunehmen, da „extreme Gruppen [...] massive Gewaltaktionen vorbereitet haben“, die „zu Blutvergießen führen können“. Sie wandte sich auch an die staatliche Seite und bat, weitere Schritte zu unternehmen, welche die Aktionen verantwortungsbewußter Bürger gegen die Baustelle in Brokdorf überflüssig machen und forderte „einen neuen Stil in der Klärung so wichtiger Fragen“. Die HIKMuGA kritisierte das Verständnis von Gewaltlosigkeit, das in dieser Erklärung der Kirchenleitung zum Vorschein kam. Zum einen meinten sie, dass zu Gewaltlosigkeit nicht nur die Demonstrierenden, sondern auch der Staat aufgerufen werden müsse.²⁹ Zum anderen verstanden sie unter Gewaltlosigkeit nicht, dass man sich defensiv und passiv aus Konflikten heraushalte, wie dies die Erklärung der Kirchenleitung nahelegte, sondern dass man sich durch gewaltfreie Aktionen „produktiv in Konfliktsituationen“ einbringe.³⁰ Weiterhin wandte sich HIKMuGA gegen die Pauschalisierung, mit der diejenigen, die in Brokdorf demonstrieren wollten als „Chaoten“ und Gewalttäter abgestempelt würden.³¹ Wolfgang Grells Kritik an der Kirchenleitung war noch schärfer: „Die Vorläufige Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche (NEK) hat in Sachen Brokdorf in peinlicher

²⁶ Presseerklärung zur Demonstration am 19. 2. 1977 in Itzehoe von Kirchliche Mitarbeiter/Gewaltfreie Aktion vom 10. 2. 1977 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 11.02, Nr. 382a).

²⁷ Presseerklärung von Wolfgang Grell am 1. 3. 1977 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 125II).

²⁸ Abgedruckt in EPD-DOKUMENTATION 8 (1977): Pro und kontra Kernenergie (2): Brokdorf '76 und die Kirche, S. 102.

²⁹ Vgl. Stellungnahme der Gruppe kirchliche Mitarbeiter aus Hamburg und Umgebung gegen Kernkraftwerke zur Erklärung der Kirchenleitung vom 1. 2. 1977 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 125II). In ihr heißt es: „Die Kirchenleitung erinnert an das Gebot der Gewaltlosigkeit, das von Jesus Christus vertreten wurde. Wir fragen uns: Gilt dieses Gebot nur für Demonstranten? Gilt dies Gebot nicht auch für die Landesregierung, die mit der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit der 1. Teilgenehmigung massive Gewaltmaßnahmen zur Sicherung des Bauplatzes durchführte?“

³⁰ Vgl. Stellungnahme der Gruppe kirchliche Mitarbeiter aus Hamburg und Umgebung gegen Kernkraftwerke zur Erklärung der Kirchenleitung vom 1. 2. 1977 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 125II). Hans-Jürgen Benedict schrieb ähnlich: „Ich bin ein überzeugter Vertreter der Gewaltfreien Aktion. Deswegen schmerzt es mich, wenn in der jüngsten Erklärung der Kirchenleitung Jesu Christi Aufforderung der Gewaltlosigkeit so interpretiert wird, als bedeute sie, sich aus akuten Konflikten herauszuhalten und als gelte sie nur für Demonstranten, nicht aber für die Landesregierung.“ (Brief von Benedict an Wölber vom 10. 2. 1977 [Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 11.02, Nr. 382a]).

³¹ Brief des Katechetischen Amtes der Hamburgischen Kirche an die drei Bischöfe Nordelbiens, Wölber, Hübner und Petersen, vom 16. 2. 1977 (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 11.02, Nr. 382a).

Beflissenheit in das Horn der Landesregierung gestoßen und dafür auch prompt allerhöchstes Lob geerntet. Sie hat die Kernkraftgegner mit schönen Worten abgespeist, sie in ihrem Kampf alleingelassen und sich eindeutig auf die Seite der Staatsmacht gestellt. [...] Wir distanzieren uns von den leitenden Gremien, Dienststellen und Amtsträgern unserer Kirche, [...] die sich um jeden Preis – auch um den der Diffamierung und Kriminalisierung von Mitchristen – ihre angesehene und einflußreiche Position erhalten wollen und eine Neutralität praktizieren, durch die die Sache Jesu von Nazareth verraten wird.“³² So die Kritik Grells.

Die Kirchenleitung sah es demgegenüber als ihre Aufgabe zu vermitteln. Sie nahm aktiv diese Aufgabe an, indem sie ein Treffen zwischen Vertretern der Regierung und den Pastoren vor Ort sowie Mitgliedern der HIKMuGA organisierte. Es fand am 5. Februar 1977 in der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg statt.³³ Dieses Gespräch war es unter anderem, bei dem der HIKMuGA noch einmal deutlich wurde, wie groß die Gefahr der Eskalation bei einer Brokdorf-Demonstration ist.³⁴

Am 19. Februar demonstrierte HIKMuGA schließlich an drei Orten: Einige fuhren zur Brokdorf-Demonstration in Wilster, um ihre Solidarität mit den AKW-Gegnern zu zeigen und für gewaltfreies Vorgehen einzutreten. Einige wenige besetzten mit anderen gewaltfreien Aktionsgruppen den Bauplatz in Grohnde. Das Motto dieser beispielhaften gewaltfreien Aktion war „Blumen für die Polizei und Bolzenschneider für den Bauzaun“. Die meisten HIKMuGA-Mitglieder fuhren nach Itzehoe und stellten dort ihre Idee des Stromzahlungsboykottes vor. Sie konkretisierten damit eine längerfristige direkte gewaltfreie Aktionsform des zivilen Ungehorsams.³⁵

2. Die latente Phase 1977-80

Als nach dem Baustopp die Auseinandersetzungen um Brokdorf in eine latente Phase übergingen, konzentrierte sich die HIKMuGA u. a. auf diesen Stromzahlungsboykott. Hinter dem Stromzahlungsboykott, abgekürzt Strobo, stand folgende Idee: Es sollte den Hamburger Electricitätswerken der Anteil der Stromrechnung verweigert werden, den sie zur „Finanzierung von Atomenergie“ sowie „zur Werbung für vermehrten Stromverbrauch“ ausgaben. Der Stromzahlungsboykotteur überweist nur noch 90% des Stromrechnungsbetrages an die HEW, die restlichen 10% an ein Treuhandkonto und zusätzlich einen freiwilligen Beitrag zu einem gemeinsamen Rechtshilfefond.³⁶ Der

³² Presseerklärung Wolfgang Grells vom 1. März 1977. (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 98.008, Nr. 125II)

³³ Vgl. Protokollnotiz über ein Gespräch in der Evangelischen Akademie Nordelbien, Bad Segeberg, über „Brokdorf“, am 5. 2. 1977, von Pastor Dr. Hans Christian Knuth (Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 11.02, Nr. 382b).

³⁴ Zeitzeugengespräch mit Ulfrid Kleinert am 24. August 2007.

³⁵ Handschriftliche Chronologie (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Ulfrid Kleinert, Mappe 1: HIKMuGA-Materialien 1976–79) und HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 29.

³⁶ Flugblatt: Kein AKW mit unserem Geld (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Wolfgang Hertle, Stromzahlungsboykott) und vgl. HERTLE, WOLFGANG:

Stromzahlungsboykott verbreitete sich bald über Hamburg hinaus. Vor allem in zwei Punkten war es von Bedeutung, dass Pastoren und Kirchengemeinden den „Strobo“ unterstützten: Zum einen erhielt der Stromzahlungsboykott in den Medien immer wieder besondere Aufmerksamkeit, wenn Pastoren zu ihm aufriefen, wenn kirchliche Einrichtung an ihm teilnahmen oder wenn es zu Prozessen gegen Pastoren kam.³⁷ Zum anderen verlieh die Teilnahme von Pastoren und kirchlichen Einrichtungen dem Strobo als einer illegalen direkten Aktion verstärkte moralische Legitimität. Durch die Teilnahme der Pastoren am Strobo wurde dieser weniger als eine ‚chaotische‘ studentische Protestaktion wahrgenommen, ähnlich den symbolischen Provokationen oder begrenzten Regelverletzungen der 1968er Jahre, sondern als bürgerlicher Ungehorsam. Damit wurden der Strobo und mit ihm die Aktionsform des zivilen Ungehorsams salonfähig gemacht. Außerdem hatte die Teilnahme von Pastoren und kirchlichen Einrichtungen in gewisser Weise eine Schutzfunktion. So zögerten die HEW zunächst, zivilrechtliche Prozesse in die Wege zu leiten sowie Stromsperren zu verhängen, um medienwirksame Auseinandersetzungen zu vermeiden.³⁸

In der latenten Phase beteiligte sich die HIKMuGA auch an mehreren gewaltfreien Blockaden vor dem Gebäude der Hamburger Electricitätswerke in der Hamburger Innenstadt 1978. „Menschenteppich“ und „Widerstandsrampe“ wurde diese Sitz- und Liegeblockaden genannt. Sie fanden anlässlich bundesweiter Aktionstage gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie in Gorleben statt. Sie waren Teil eines direkten gewaltfreien „dezentralen Widerstandsprogramms“, das nach den Erfahrungen der gescheiterten Bauplatzbesetzungsversuche in Brokdorf, Grohnde und Kalkar entwickelt worden war.³⁹ Mit diesem Widerstandskonzept sah die HIKMuGA übrigens ihre Anregungen aufgegriffen, die sie im Vorfeld der Demonstration am 19. Februar 1977 in die Anti-AKW-Bewegung hineingetragen hatte.⁴⁰ Das gewaltfreie Widerstandskonzept faszinierte vor allem die Mitglieder der HIKMuGA aus den Gewaltfreien Aktionsgruppen, so dass diese zunehmend den Protest in Gorleben unterstützten. So gehörte die HIKMuGA zu den Pächtergruppen und nahm an Baumpflanzungsaktionen teil.⁴¹ Die Bildungs- und Begegnungsstätte für die Gewaltfreie Aktion „Kurve Wustrow“ im Wendland ging auf ein

Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld: der Stromrechnungsboykott in Hamburg. In: gewaltfreie aktion: Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit 35/36 (1978), S. 2-11, hier S. 4.

³⁷ FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 8. August 1980. Artikel: Eine Kirchengemeinde will sich nicht der Welt anpassen und SCHMIDT: Warum ich am Stromzahlungsboykott teilnehme, S. 14.

³⁸ Vgl. HERTLE, WOLFGANG: Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld: der Stromrechnungsboykott in Hamburg. In: gewaltfreie aktion: Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit 35/36 (1978), S. 2-11, hier S. 6f.

³⁹ HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 166-173 und Dokumentation der Aktionen vor dem zentralen Verwaltungsgebäude der HEW zum 2. bundesweiten Aktionstag Gorleben: Gedacht als Anregung. (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass von Ulfrid Kleinert, Mappe 3: HIKMuGA HEW/ Brunsbüttel 1977-79 Materialien, Korrespondenzen, Presse ab 1975).

⁴⁰ HAMBURGER INITIATIVE KIRCHLICHER MITARBEITER UND GEWALTFREIE AKTION: Wir sind Protestleute gegen den Tod: ein Erfahrungsbericht. Hrsg. von Ulfrid Kleinert/ Hans-Uwe Rehse/ Christoph Störmer/ Gisela Wunnenberg. Hamburg 1979, S. 16f

⁴¹ Vgl. Protokoll vom 25. 1. 1978 (Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass Wolfgang Hertle, Stromzahlungsboykott).

HikMuGA-Mitglied zurück.⁴² Und auch die Freie Republik Wendland 1980 wurde von der HikMuGA unterstützt.⁴³

3. Die zweite heiße Phase 1981

Als 1981 der Baustopp aufgehoben wurde und mit dem Bau des AKWs begonnen werden konnte, begann die zweite heiße Phase der Auseinandersetzungen um Brokdorf. Die Atomkraftgegner mobilisierten für eine Großdemonstration am 28. Februar 1981. Einige norddeutsche Bürgerinitiativen behielten sich dabei vor, zu versuchen, den Bauplatz zu besetzen.⁴⁴ Im Vorfeld der Demonstration war die öffentliche Atmosphäre daher ziemlich angespannt. Da man bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen befürchtete, wurde die Demonstration verboten.⁴⁵ Die Nordelbische Kirchenleitung veröffentlichte einen Aufruf mit dem Titel „Christen treten für das Leben ein – keine Gewalt bei Demonstrationen“. Sie reihte sich damit in die zahlreichen Appelle ein, die vor einer Teilnahme an der Demonstration warnten. Sie forderte die Atomkraftgegner auf, „sich entschieden von denen, die Gewalt planen und durchführen“ zu trennen und nicht zuzulassen, „daß das Demonstrationsrecht durch Gewalttäter ausgehöhlt wird“. Den Parteien gegenüber mahnte sie: „Treten Sie einer pauschalen verhängnisvollen Kriminalisierung von Demonstranten entgegen! Kriminelle nutzen Demonstrationen aus, aber bedenken Sie, daß Angst, Ratlosigkeit und Resignation die Ursache für gewalttätige Ausschreitungen sein können.“⁴⁶ Die HikMuGA kritisierte auch diesen Aufruf der Kirchenleitung. Sie meinte auch jetzt, dass „der Appell zu Gewaltlosigkeit einseitig nur an die Demonstrierenden gerichtet worden sei“. Und sie sah darin wiederum eine „pauschale Diffamierung von Kernenergiegegnern“. Sie gestand zwar zu, „daß der Widerstand bei vielen Atomkraftgegnern militanter geworden“ sei, wollte sich aber mit den militanten Gruppen in der Weise auseinandersetzen, dass sie entschieden gewaltfreie Aktionen – gewaltfreie Blockaden – vor und nach der Großdemonstration plante und durchführte und dazu einlud.⁴⁷

Der Umweltbeauftragte der Nordelbischen Kirche, Winfried Hohlfeld, schloss sich dagegen dem Aufruf der Kirchenleitung an. Er schlug stattdessen als alternative Möglichkeit zur Teilnahme an der Demonstration eine einmalige Stromabschaltaktion am Abend des 28. Februars vor. Eine dreiviertel Stunde sollten alle elektrischen Geräte ausgeschalten und eine

⁴² LEISTNER, ALEXANDER: Ein Grenzgänger auf der Suche nach Heimat: Wolfgang Hertle im Gespräch mit Alexander Leistner (Forschungsjournal Soziale Bewegungen). In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 4 (2013), S. 79–82.

⁴³ KÜHLE, MANFRED / KLEINERT, ULFRID: Was ging voraus, Unser Weg bis zu den Blockaden von Brokdorf. In: Gewaltfrei widerstehen: Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine. Hrsg. von Ulfrid Kleinert. Reinbek bei Hamburg 1981, S. 139-152, hier S. 150.

⁴⁴ FAZ vom 16. Februar 1981. Artikel: Unseren Widerstand werden wir selbst bestimmen.

⁴⁵ FAZ vom 23. Februar 1981. Artikel: Alle Demonstrationen in und bei Brokdorf verboten.

⁴⁶ Vgl. MORGENPOST HAMBURG vom 27. Februar 1981. Aufruf: Christen treten für das Leben ein.

⁴⁷ Stellungnahme der Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion (HikMuGA) zur Erklärung des Vorsitzenden der Nordelbischen Kirchenleitung. Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 10.01, Nr. 11). Vgl. Lübecker Nachrichten vom 26. Februar 1981. Artikel: Kirchliche Gruppe kritisiert Aufruf zur Gewaltfreiheit.

Kerze ins Fenster gestellt werden.⁴⁸ Hohlfeld lehnte die gewaltfreien Blockaden der HikMuGA ab, weil er meinte, dass sie als Gewalt erlebt werden könnten und Fronten verhärteten. Er plädierte stattdessen für eine andere Art des passiven Widerstandes, nämlich durch einen neuen von Konsumverzicht geprägten Lebensstil.⁴⁹ Auch wenn die HikMuGA mit Hohlfeld darin übereinstimmte, dass ein neuer Lebensstil notwendig sei, so war die Gruppe doch der Meinung, dass der Verzicht des Einzelnen für eine Änderung der Energiepolitik nicht ausreichen würde. Durch gewaltfreie Protestaktionen müsse weiterhin auf Politik und Wirtschaft Druck ausgeübt werden.

Trotz des Demonstrationsverbotes nahmen 100.000 Menschen an ihr teil. Damit war sie die bis dahin größte Anti-AKW-Bewegung in der Geschichte. Es gab zwar vereinzelt Ausschreitungen, dennoch verlief die Demonstration im Wesentlichen friedlich.⁵⁰ Die HikMuGA-Mitglieder nahmen ebenfalls teil, weil sie ähnlich wie 1977 die Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in gute, gewaltlose, staatskonforme und böse, militante, staatsfeindliche Atomkraftgegner befürchteten. Wie schon 1976/77 wollten sich die HikMuGA-Mitglieder dabei dafür einsetzen, dass die Demonstration friedlich blieb und vermittelt.⁵¹

Zusätzlich fanden jedoch – wie vorhin schon angedeutet – vor und nach der Demonstration am 28. Februar 1981 mehrere Gewaltfreie Blockaden statt. Zu deren Initiatoren gehörten nicht nur die HikMuGA, sondern auch die inzwischen verselbständigten Gruppen der Stromzahlungsboykotteure und der Gewaltfreien Aktion Hamburg. Unterstützt wurden sie durch auswärtige Gewaltfreie Aktionsgruppen. Diese brachten sich verstärkt ein, so dass sich das „Aktionsbündnis Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Brokdorf“ gründete.⁵² Die Blockaden nach der Demonstration wurden von ihm organisatorisch getragen. Die Gewaltfreien Aktionsgruppen prägten zunehmend den Charakter der Aktionen. Dabei entwickelten und bauten sie die Idee des zivilen Ungehorsams aus, indem sie versuchten, Aktionsprinzipien des gewaltfreien Widerstandes umzusetzen: mit Verhaltensflugblättern, diversen Vorbereitungstreffen, Aktionstrainings, Bezugsgruppensystem und Sprecherräten zur basisdemokratischen Entscheidungsfindung sowie mit dem Bemühen um kreative, witzige Aktionen und dem Kontakt mit örtlichen Initiativen.⁵³ Hintergrund der Blockaden 1981 war,

⁴⁸ HOHLFELD, WINFRIED: Schreiben des NE Umweltbeauftragten an den epd vom 17. Februar 1981. In: Was sagt unsere Kirche zu Brokdorf? Hrsg. von Winfried Hohlfeld. Kiel 1981 (Umweltverantwortung in der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche; Dokumentation 2), Anhang S. 7.

⁴⁹ Votum zum Thema „Recht auf (gewaltfreien) Widerstand?“ von Winfried Hohlfeld am 2./3. Dezember 1981. Nordelbisches Kirchenarchiv KIEL, 10.01, Nr. 10.

⁵⁰ Vgl. AUST, STEFAN: Der siebenjährige Krieg um Brokdorf. In: ders., Brokdorf: Symbol einer politischen Wende. Hamburg 1981, S. 20-46, hier S. 44.

⁵¹ Brief der Vorbereitungsgruppe Gewaltfreie Aktion in Brokdorf vom 17. Februar 1981. Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen Hamburg, Nachlass von Jan Stehn, Brokdorf Blockaden, Gewaltfreie Aktionsgruppen 1981, Mappe 2: Brokdorf 1981 überregionale GA-Gruppen Februar-Juli/ 1981.

⁵² Vgl. TAZ vom 15. Juli 1981. Artikel: Betroffenheitsbericht aus Brokdorf: Wasserwerfer und eigene Ängste.

⁵³ Vgl. KLEINERT, ULFRID: Ein neuer Anfang ist gemacht: Fragmente einer persönlichen Auswertung. In: Gewaltfrei widerstehen: Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine. Hrsg. von Ulfrid Kleinert. Reinbek bei Hamburg 1981, S. 128-136, hier S. 133f.

auch denjenigen, die der Großdemonstration aufgrund des Verbots und der befürchteten Eskalation skeptisch gegenüberstanden, eine alternative Möglichkeit gewaltfreier Aktion anzubieten. Mit den gewaltfreien Blockaden 1981 wurde an die Erfahrungen von 1978 angeknüpft. Neu waren bei diesen Blockaden die polizeilichen Reaktionen und juristischen Konsequenzen: Wasserwerfer wurden eingesetzt, Blockierende im polizeilichen Gewahrsam festgehalten und Bußgeldbescheide sowie Strafbefehle erteilt.⁵⁴ Ministerpräsident Stoltenberg äußerte sich selber direkt zu den Brokdorf-Blockaden. Er meinte, Rechtsbruch bleibe Rechtsbruch, auch wenn er von einer Initiative kirchlicher Mitarbeiter ausgehe. Öffentliche Kritik dürfte nicht mit Verstößen gegen geltendes Recht und öffentliche Ordnung ausgetragen werden.⁵⁵

Nach der Großdemonstration in Brokdorf 1981 kam es zu den sogenannten Brokdorf-Prozessen. Zwei Demonstranten war gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen worden.⁵⁶ Die Anti-AKW-Bewegung verfolgte die Prozesse aufmerksam. Denn sie befürchtete, dass mit ihnen „in der Öffentlichkeit eine Linie zwischen RAF-Terroristen und Anti-AKW'lern gezogen wird.“⁵⁷ Auch die HIKMuGA bildete eine Prozessbeobachtungsgruppe. Sie stand in brieflichen Kontakt mit einem der Angeklagten.⁵⁸ Und sie veröffentlichte eine Solidaritätserklärung. In ihr legten sie dar, dass ihrer Meinung nach die größere Gewalt vom Staat ausgehe und dass der Prozess dazu diene, eine nachträgliche Legitimation für das Demonstrationsverbot zu liefern. Sie machte weiterhin deutlich, dass sie zwar eine explizit gewaltfreie Gruppe sei, die gewalttätiges Vorgehen ablehnte, dass es aber ihr Anliegen war, durch ihre Solidarität mit den Angeklagten eine Spaltung der Bewegung an der Gewaltfrage in friedliche und gewalttätige Demonstrierende nicht mitzumachen.⁵⁹

4. Das Wiederaufleben des Protestes 1986

1986 flackerte der Protest gegen das AKW Brokdorf wieder auf. Es entstanden die Sitzblockaden an jedem 6. des Monats in Brokdorf. Sie wurden zu einem

⁵⁴ Vgl. BENEDICT, HANS-JÜRGEN: „...den reibungslosen Ablauf der Atomindustrie behindern“: Bericht über die gewaltfreie Blockade in Brokdorf vom 9.-10. Juli 1981. In: In: gewaltfreie aktion: Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit 49/50 (1981), S. 53ff.

⁵⁵ NORDELBISCHER NACHRICHTENSPIEGEL vom 10. März 1981, Nr. 10 (1981), Artikel: „Rechtsbruch bleibe Rechtsbruch“.

⁵⁶ HAMBURGER NACHRICHTEN vom 14. Mai 1982. Artikel: Brokdorf-Prozeß: Selbmann: Dann ist die Wand stärker.

⁵⁷ BRAND, ENNO: Die Antwort des Staates. In: ... und auch nicht anderswo: die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Hrsg. von der Red. Atom-Express. Mit Fotos von Günter Zint [Red.: Reimar Paul]. Göttingen 1997, S. 230-233, S. 231.

⁵⁸ Brief von Markus Mohr an Ulfrid Kleinert am „55. tag im knast“. Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass von Ulfrid Kleinert, Mappe 2: HIKMuGA Brokdorf 1981/82 Prozesse Presse/Korrespondenzen/Materialien.

⁵⁹ Stellungnahme der Prozeßbeobachter der „Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion“ vom 18. Mai 1982. Archiv Aktiv e. V. Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen HAMBURG, Nachlass von Ulfrid Kleinert, Mappe 2: HIKMuGA Brokdorf 1981/82 Prozesse Presse/Korrespondenzen/Materialien.

Kristallisationspunkt der Solidarischen Kirche in Nordelbien. In dieser war mit anderen kirchenoppositionellen Gruppen auch die HIKMuGA aufgegangen.⁶⁰ Anders als 1978 und 1981 intervenierte die Kirchenleitung bzw. das Nordelbische Kirchenamt gegen die Teilnahme von Pastoren an den gewaltfreien Blockaden. Bischof Ulrich Wilckens forderte die Pastoren auf, „besonders sensibel auch für die Bewahrung der Rechtsordnung, die ja der Freiheit aller dienen soll, einzutreten.“⁶¹ Hans-Jürgen Benedict, ein Pastor der HIKMuGA, entgegnete ihm gegenüber, dass an bestimmten Punkten wirklich Demokratie den zivilen Ungehorsam der Bürger bräuchte und dass dieser nach den Grundrechten auch rechtens sei. Er verwies dabei auch auf Jürgen Habermas. Habermas hielt den zivilen Ungehorsam für legitim, wenn die Repräsentativverfassung in einem konkreten Fall versagt. Denn dann müssten die Bürger die Rechte des Souveräns wieder einnehmen.⁶² Vor allem die Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung, aber auch der atomkraftkritische Synodalbeschluss vom 29. November 1986 erhöhten die Medienwirksamkeit der Blockaden. Vermutlich bewirkte auch hier der christliche Hintergrund eine verstärkte moralische Legitimierung der Aktionen. Allerdings hatte er keine Schutzfunktion mehr, da die Blockaden für mehrere Teilnehmer juristische Konsequenzen nach sich zogen.

Fazit

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung kann man die HIKMuGA dem gewaltfreien Spektrum der Neuen Linken zurechnen. Denn im Wesentlichen teilte die Gruppe die Ansichten ihrer Mitglieder aus den Gewaltfreien Aktionsgruppen der anarchopazifistischen Graswurzelbewegung. Auch die HIKMuGA strebte mit gewaltfreiem Widerstand eine gewalt- und herrschaftsfreie Gesellschaft an und verband so das Konzept der Gewaltfreiheit mit anarchistischen Elementen. Nicht nur beim Stromzahlungsboykott, sondern auch im Zusammenhang mit den gewaltfreien Blockaden zeigte sich die enge Vernetzung mit der bundesweiten gewaltfreien Bewegung.

Die HIKMuGA vertrat innerhalb der Anti-AKW-Bewegung die Position, gewaltfreie, direkte Aktionen, die auch illegal sein konnten, im Gegensatz zu gewaltsamen Aktionen einerseits und dem nur legalen parlamentarischen oder juristischen Weg andererseits zu befürworten. Indem sie sich mit Anregungen von einzelnen Mitgliedern, die aus der Bewegung der anarchistisch orientierten gewaltfreien Aktion kamen, auseinandersetzte und diese in die Anti-AKW-Bewegung hineintrug, fungierte sie als Katalysator für die Entwicklung der Protestform der illegalen gewaltfreien direkten Aktion. Der kirchliche Hintergrund verlieh ihren gewaltfreien Aktionen eine höhere Medienwirksamkeit, verstärkte den Eindruck ihrer moralischen Legitimität und hatte eine gewisse Schutzfunktion. Die Aktionen der HIKMuGA

⁶⁰ Vgl. LINCK, STEPHAN: Als im Kirchenamt „die Hölle los“ war: Wolfgang Grell, ein Pastorenleben zwischen Rotariern und RAF. Hrsg. von Theo Christiansen und Ulrich Hentschel. Wittingen 2009, S. 76.

⁶¹ Brief Wilckens an Benedict vom 30. 7. 1986. Abgedruckt in BENEDICT, HANS-JÜRGEN, Ziviler Ungehorsam als christliche Tugend. Frankfurt/Main 1989, S. 119.

⁶² Vgl. Brief Benedict an Wilckens und Hörcher vom 26./28. 7. 1986. Abgedruckt in BENEDICT, HANS-JÜRGEN, Ziviler Ungehorsam als christliche Tugend. Frankfurt/Main 1989, S. 114f.

fürten aber zu Auseinandersetzungen mit der kirchenleitenden Ebene der Nordelbischen Kirche. Trotz oder gerade aufgrund des distanzierten Verhältnisses zwischen der HIKMuGA und der Institution Kirche stießen die Aktionen der HIKMuGA in der Institution Kirche Auseinandersetzungen über das Verständnis von den Aufgaben der Kirche, über radikaldemokratische Ansätze und die Aktionsform des zivilen Ungehorsams an.